

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Schulen nicht länger alleine lassen. Berlin braucht einen sofortigen Bildungsgipfel, um ehrliche Partizipation zu ermöglichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus schließt sich der Forderung eines breiten Bildungsbündnisses an den Berliner Senat vom 13. August 2020 an, „die Schulen in ihrem Umgang mit der Corona-Krise nicht länger allein zu lassen.“

Daher wird der Senat aufgefordert, umgehend einen Bildungsgipfel einzuberufen, der den sofortigen und permanenten Austausch zwischen Eltern, Schülerinnen und Schülern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen, Schulpersonal, Gewerkschaften und der Politik ermöglicht.

Aufgabe dieses Gipfels ist die Auswertung und Beseitigung der aktuellen, drängenden Probleme über die Themen des Hygienebeirates hinaus sowie die Sicherstellung der unmittelbaren und regelmäßigen Kommunikation zwischen Senatsverwaltung und Teilnehmern in Zukunft.

Nach den Erkenntnissen der ersten Schulwoche bedarf es darüber hinaus umgehend einer Notfallnummer, bei der die Berliner Schulen jederzeit (24/7) die Verwaltung erreichen können, wenn sie von einem für ihre Schule relevanten Infektionsfall erfahren.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Es ist ein einmaliger Vorgang, dass sich ein Bündnis aus Eltern, Schülerinnen und Schülern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen und Gewerkschaften dazu genötigt sah, sich am 13. August 2020 zu Gesprächen für einen „Corona-Bildungspakt“ zu treffen, um öffentlich die Möglichkeit nach ehrlicher Partizipation einzufordern

Ebenso einmalig ist die Androhung eines Schulstreiks durch den Landesschülerausschuss, wenn keine Partizipation und die Erarbeitung eines Notfallkonzeptes erfolgen.

Mehr als fahrlässig ist der Zustand, dass Berliner Schulleitungen hilflos in den späten Nachmittags- und Abendstunden mit Infektionsfällen ohne Notfallansprechpartner allein gelassen werden.

Frau Senatorin Scheeres blieb dem Treffen des Bündnisses am letzten Donnerstag (13. August 2020) trotz Einladung fern. Frau Senatorin Scheeres zeigt keine Bereitschaft, sich mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen und Gewerkschaften auszutauschen. Sie ist nicht bereit sich mit allen Beteiligten zu treffen, um auf Augenhöhe konstruktiv miteinander zu diskutieren.

Dabei ist der Austausch mit Eltern, Schülerinnen und Schülern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen und Gewerkschaften nötiger als je zuvor. Der Start in das neue Schuljahr 2020/21 ist eine organisatorische Katastrophe. Obwohl die Rückkehr in den Regelbetrieb schon vor dem Beginn der Sommerferien intensives Thema war, haben Frau Senatorin Scheeres und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Chance verpasst über die Sommerferien einen Handlungsrahmen zu erarbeiten, der das nun herrschende Chaos verhindert hätte. Eltern, Schülerinnen und Schülern, Erzieherinnen und Erziehern, Schulleitungen und Gewerkschaften wurden zu keiner Zeit in die Planung des neuen Schuljahres miteinbezogen. Um einen Regelbetrieb an den Berliner Schulen sicher zu stellen, hätte dem Lehrkräftemangel durch Verbeamtung aller Lehrkräfte entgegengewirkt werden müssen. Auch die Digitalisierung der Berliner Schulen hätte vorangetrieben werden müssen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur, mit Breitband und Endgeräten für alle Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler hätte ebenso wie das Anpassen der Lernkonzepte dazu geführt, dass der Schulstart geordnet hätte ablaufen können. Die Berliner Schulen hätten zusätzliche Waschbecken, Toiletten, zu öffnende Fenster und eine zweimal tägliche Schulreinigung benötigt, um den geforderten Regelbetrieb gewährleisten zu können.

Der von der Senatorin einberufene Hygienebeirat kommt zu spät und erfüllt nicht den Zweck, Beteiligung der Bildungsakteure glaubhaft zu sichern. Nicht umsonst forderte das Bildungsbündnis Frau Scheeres auf, endlich ernsthafte Partizipation möglich zu machen.

Unsere Schulen stehen kurz vor einem Schulstreik. Es ist unsäglich, wenn wir unsere Schulen allein an zwei Fronten kämpfen lassen – gegen die Pandemie und scheinbar auch gegen die Exekutive. Wenn wir nicht wollen, dass unsere Kinder erneut wochenlang zu Hause bleiben müssen, müssen wir jetzt handeln!

Berlin, 18. August 2020

Dregger Stettner Melzer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU